

# Freies Wort

Ressort Hildburghausen

---

Erschienen am 05.11.2010

---

## Harzer-Auftritt nicht abgehakt

Von Waltraud Nagel

**Zu seinen Fehlern zu stehen und Konsequenzen zu ziehen, forderte die Fraktion der Freien Wähler in der Stadtratssitzung am Mittwochabend von Bürgermeister Steffen Harzer.**

**Hildburghausen** - Es stand nicht auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung am Mittwochabend, ist aber noch immer Stadtgespräch in Hildburghausen - das Verhalten von Kreisstadtbürgermeister Steffen Harzer in der letzten Stunde des Theresienfestes am 3. Oktober. Er war in eine tätliche Auseinandersetzung verwickelt, hat selbst Anzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung erstattet, aber auch gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Beleidigung und des Verdachts der Körperverletzung.

Die Fraktion der Freien Wähler hatte den Bürgermeister schon Mitte Oktober mit einer Presseerklärung öffentlich aufgefordert, dem Stadtrat Rede und Antwort zu den Vorkommnissen zu stehen. Harzer, der sich seit anderthalb Wochen im Krankenstand befindet, reagierte mit einer kurzen schriftlichen Stellungnahme an den Stadtrat, dass er nach Rücksprache mit seinem Anwalt keine Möglichkeit sehe, "weitergehende Erklärungen als die bereits in der Presse veröffentlichten abzugeben."

Wie Frank-Michael Czapla, der Fraktionschef der Freien Wähler im Stadtrat, am Mittwoch sagte, ist seine Fraktion von der Art und Weise, aber insbesondere vom Inhalt der Erklärung sehr enttäuscht. "Die Hildburghäuser haben ein Recht darauf zu erfahren, was wirklich am 3. Oktober vorgefallen ist", heißt es in der "offenen Antwort" der Fraktion auf das kurze Schreiben des Bürgermeisters. "Allein Ihr Auftritt auf der Bühne war skandalös und eines Stadtoberhauptes unwürdig. Statt deeskalierend einzuwirken, haben sie unter starkem Alkoholeinfluss zusätzlich provoziert und damit dem Ansehen der Stadt Hildburghausen und auch dem Theresienfest großen Schaden zugefügt", verlas Czapla den offenen Brief seiner Fraktion.

### Konsequenzen ziehen

Dann zitieren die Freien Wähler, die ehemalige Landesbischöfin Margot Käßmann nach ihrer Autofahrt unter Alkoholeinfluss. "Ich habe einen schweren Fehler gemacht, den ich zutiefst bereue. Aber auch wenn ich ihn bereue und mir alle Vorwürfe, die in dieser Situation berechtigterweise zu machen sind, immer wieder selbst gemacht habe, kann und will ich nicht darüber hinwegsehen, dass das Amt und meine Autorität beschädigt sind. Hiermit erkläre ich, dass ich mit sofortiger Wirkung von all meinen Ämtern zurücktrete." Ihr Charakter und ihre Geradlinigkeit hätten der Bischöfin keine andere Wahl gelassen, schlussfolgern die Freien Wähler und fordern Bürgermeister Steffen Harzer auf: "Herr Bürgermeister Harzer, nehmen Sie sich an Frau Käßmann ein Beispiel. Stehen Sie zu Ihren Fehlern und ziehen sie Konsequenzen!"

Schon in der Einwohnerfragestunde hatte eine Bürgerin ihr Unverständnis darüber geäußert, dass die Stadträte nichts unternehmen. "Wie lange wollt Ihr noch zusehen, habt Ihr nicht auch eine Verantwortung gegenüber der Stadt?", fragte sie und unterstellt insbesondere den Fraktionen der Linken und der Bürgerunion, zu feige zu sein, etwas gegen den Bürgermeister zu unternehmen. Siegfried Naujoks (SPD), der als Erster Beigeordneter während der Krankheit des Bürgermeisters die Amtsgeschäfte führt und somit auch die Stadtratssitzung leitete, verwies auf

das geltende Recht. Er beteilige sich nicht an Kampagnen, die der Gerüchteküche oder Biertischgesprächen entstammen.

"Ich warte die Ermittlungen der zuständigen Stellen ab. Und egal, wie sie ausgehen, könne Sie sicher sein, dass wir dann die entsprechenden Konsequenzen ziehen", versicherte er der Bürgerin. "Hier im Stadtrat sitzen gestandene Leute, die wissen, was sie tun", wies er den Vorwurf der Feigheit und Untätigkeit von sich. Naujoks fügte an: "Wie sich ein Bürgermeister verhält, ist in erster Linie seine Sache. Er hat aber unseren Standpunkt dazu unmissverständlich übermittelt bekommen."

Auch Stadtrat Tilo Kummer (Fraktion Die Linke) reagierte auf den Vorwurf der Hildburghäuserin. Auch er verwies auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Die Vorgänge seien unerfreulich, aber die Unschuldsvermutung gelte auch für den Bürgermeister. Er habe seine Sicht auf die Dinge frühzeitig erklärt und die Aussagen des Wachdienstes hätten Harzers Darstellung gestützt. Nach Kummers Worten kann man davon ausgehen, dass die Sicherheitsleute gut geschult gewesen und auch nüchtern gewesen seien, um die Situation einschätzen zu können. Auch auf den Vergleich der Freien Wähler mit Margot Käßmann, ging Kummer ein. Und führte noch einen anderen prominenten Fall an - den Skiunfall des ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Althaus. "Ich fand es sehr gut, dass sich hier alle politischen Kräfte im Landtag mit einer Vorverurteilung zurückgehalten haben. Das sollte auch für die politischen Kräfte in Hildburghausen denkbar sein", so Kummer, der selbst Mitglied des Thüringer Landtags ist.

### **Ermittlungen abwarten**

Siegmond Gutberlet (Hildburghäuser Bürgerunion) drängte es ebenfalls, auf die Vorwürfe der Bürgerin zu reagieren. Er wolle nichts unter den Teppich kehren. Gutberlet erinnerte daran, dass er seinerzeit als Mitinitiator des "Bündnisses für Vernunft" auch auf die Machenschaften von Ex-Bürgermeister Kipper aufmerksam gemacht habe. Wenn konkrete Ermittlungsergebnisse vorlägen, die den Bürgermeister belasteten, sei seine Fraktion die Letzte, die da ein Deckmäntelchen drüberhalten wolle.

Im Gegensatz zu Kummer sieht er den Wachschutz allerdings als wenig vertrauenswürdig an. Er habe nicht den Eindruck gehabt, dass die Männer Seriosität, Vertrauen und Ruhe ausstrahlen, wie man das von einem Sicherheitsdienst erwarten könne. "Sie sahen eher aus wie ein Schlägertrupp", so Gutberlet. Auch die CDU-Stadträtin Brigitte Wütscher hatte bei ihrem Theresienfestbesuch starke Zweifel an der Professionalität des Sicherheitsdienstes und führte ein Beispiel an, wie ein Bewusstloser aus dem Zelt "gezerrt" worden sei. Naujoks verwies darauf, dass der Sicherheitsdienst Sache des Festwirts gewesen sei und er davon ausgehe, dass der "weiß, was er tut".

Der zweite Beigeordnete Holger Obst (CDU) betonte, der Stadtrat sei keine Strafverfolgungsbehörde. "Wir sind nicht feige, wir halten uns an Gesetze." Leider werde derzeit im Stadtrat einiges vermischt - die Sache mit dem Bürgermeister und der Umgang der Stadträte miteinander. Obst spielte damit noch mal auf die abgesetzte Stadtratssitzung vom Mittwoch vergangener Woche an. Stadträtin Sabine Laube (Freie Wähler) hatte - ohne Absprache mit ihrer Fraktion - geltend gemacht, dass die Einladungen zu spät zugestellt worden seien und die Sitzung daher nicht stattfinden könne. Im gleichen Atemzug hatte sie persönlich, den Bürgermeister zum Rücktritt aufgefordert. "Wir hatten uns alle auf den Stadtratstermin vorige Woche eingestellt. Nun mussten wir eine Woche später wieder umplanen, um bei diesem neue Termin anwesend zu sein", so Obst. "Ich möchte doch bitten, künftig von solchen Handlungsweisen abzusehen."

Sabine Laube hatte übrigens am Mittwoch andere Termine und nahm nicht an der Sitzung teil. Daher habe sie ja auch um einen neuen Termin am 1. oder 2. November gebeten, ließ sie vorab wissen.